

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 1922, 12 Mark, voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen sowie Österreich und Luxemburg 14,40 Mark. Für das übrige Ausland 15,60 Mark. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Irland, Island, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Ostpreußen, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimweh“ und der Beilage „Siedlung und Heimort“ erscheint wochentlich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die ein in a t t i g e Anzeigenpreise
Seite 51. — 2. Seite 52. — 3. Seite 53. — 4. Seite 54. — 5. Seite 55. — 6. Seite 56. — 7. Seite 57. — 8. Seite 58. — 9. Seite 59. — 10. Seite 60. — 11. Seite 61. — 12. Seite 62. — 13. Seite 63. — 14. Seite 64. — 15. Seite 65. — 16. Seite 66. — 17. Seite 67. — 18. Seite 68. — 19. Seite 69. — 20. Seite 70. — 21. Seite 71. — 22. Seite 72. — 23. Seite 73. — 24. Seite 74. — 25. Seite 75. — 26. Seite 76. — 27. Seite 77. — 28. Seite 78. — 29. Seite 79. — 30. Seite 80. — 31. Seite 81. — 32. Seite 82. — 33. Seite 83. — 34. Seite 84. — 35. Seite 85. — 36. Seite 86. — 37. Seite 87. — 38. Seite 88. — 39. Seite 89. — 40. Seite 90. — 41. Seite 91. — 42. Seite 92. — 43. Seite 93. — 44. Seite 94. — 45. Seite 95. — 46. Seite 96. — 47. Seite 97. — 48. Seite 98. — 49. Seite 99. — 50. Seite 100.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507
Mittwoch, den 4. Oktober 1922
Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Interaten-Verteilung: Dönhoff 2506-2507

Organisation C und Rathenau-Mord.

Die guten Jungen!

Die reaktionäre Presse fährt munter fort, in ihrer Art von den Rathenau-Mördern „abzurücken“. Der „Tag“ schildert seinen Lesern die Angeklagten vor dem Staatsgerichtshof als herrliche Idealgestalten. Die beiden Brüder Lechow machen „den Eindruck von guten Jungen“. Der „Tag“ erkennt bereits, daß die Lechows „in Dinge hineingetappt sind, über deren Tragweite sie kein Urteil hatten“. Natürlich sagen alle Angeklagten die laudable Wahrheit.

Auf die Frage des Angeklagten Warncke: „Wem wollte sich die Organisation C zur Verfügung stellen?“, kommt die klare Antwort: „Der Regierung.“ Man hat dabei den Eindruck, daß Friedrich Warncke bestimmter und fester als viele seiner Mitangeklagten aus seinem Offiziershergefühls heraus keine Lüge über seine Lippen bringen würde.

Also: Die Organisation C zum Schutze der Republik — das ist die laudable Wahrheit! Wann hätte auch ein Offizier schon mal gelogen! Daß es in den Fällen Marlow, Kessel, in den Fällen der Liebknecht- und Luxemburg-Mörder lauter Offiziere waren, die munter mit den Mitteln der Verleitung zum Meineid, der Alibiherbeiführung, der direkten Lüge arbeiteten, ist dem reaktionären Blatt nur gerade entfallen. Es war an sich ein auch kein Redakteur des „Tag“ dabei, als in den Pressefälschungen der letzten Kriegsmomente Ludendorffs Presseoffiziere mit strahlendem Blick der Presse verkündeten, daß alles ausgezeichnet stünde.

Ein besonderer Held ist Kapitänleutnant Tilleßen. Eine „solдатische und feste Figur“. Beim Untergang des Kreuzers „York“ hat er 45 Minuten im Eiswasser gestanden. (Es wäre besser gewesen, wenn sämtliche Täter vor der Ermordung Rathenaus mit Eiswasser behandelt worden wären.) So sind alle Angeklagten ausgemachte Helden, zwei natürlich ausgenommen: der Angeklagte Willi Günther, dessen Vorstrafe wegen Fahnenflucht um so peinlicher ist, als er durch seine nahen Beziehungen zu den Führern der Deutschnationalen Partei diese kompromittiert, und der Angeklagte Bosh, der sich zu dunklen Zwecken eine Zeit lang bei den linksradikalen Parteien herumgetrieben hat.

Ein besonderer Hieb fällt gegen den Oberreichsanwalt Ebermayer, der nach dem „Tag“ verkündet haben soll, daß „Wahrheit vor Recht gehe“. In Wirklichkeit hat der Oberreichsanwalt sich auf die verfassungsmäßige Tatsache gestützt, daß in der Republik Wahrheit Recht schafft. Er hat bewiesen, daß das Gesetz zum Schutze der Republik, selbst wenn es mit der Verfassung in Widerspruch stünde, doch rechtens ist, weil der Reichstag es mit Zweidrittelmehrheit angenommen hat.

So wird von der reaktionären Presse all und jedes Moment zugunsten der angeklagten Mörder verdreht und umgebogen. Aber: „man rückt von ihnen ab!“

Zweiter Verhandlungstag.

BS. Leipzig, den 4. Oktober 1922.

Als Sachverständiger erschien heute morgen Dr. Videnbach, Berlin, der von der Verteidigung als medizinischer Sachverständiger geladen ist, und der Verhandlung bis zur Erstattung seines Gutachtens beiwohnen wird.

Der Vorsitzende machte dann den Vorschlag, Untersuchungsrichter Dr. Alton zu laden, für den Fall, daß die von ihm ausgenommenen Untersuchungsprotokolle anerkannt werden sollten. Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune widerspricht jedoch dem Antrage, da er, um eine Befangenheit der Angeklagten zu verhindern, vorläufig ohne Zeugen die Vernehmungen fortzuführen bittet.

Hierauf wurde als erster Angeklagter der Student des Maschinenbauwesens

Ernst Werner Lechow

zur Sache vernommen. Vors.: Sie gehörten zum Deutschnationalen Jugendbund und zu dem Deutschnationalen Schutz- und Trutzbund? Welcher Partei gehören Sie an? Angekl.: Gar keiner. Vors.: Wie kamen Sie in die Organisation Consul hinein? Angekl.: Darüber verweigere ich die Auskunft. Vors.: Sie waren in der D. C.

zum Chorjam gegenüber Ihren Vorgesetzten

und zur Abschlus der Beweisaufnahme verpflichtet? Ist das richtig? Angekl.: Ja wohl. Vors.: Sie haben größere Reisen für die D. C. gemacht? Angekl.: Darüber verweigere ich die Auskunft. Vors.: Sie haben von Ihrer Mutter monatlich ein Taschengeld von 400 M. erhalten. Haben Sie auch von der D. C. Einkünfte gehabt? Angekl.: Ich bekam Aufwandsgehalt. Vors.: Wer zahlte Ihnen diese Gelder aus? Angekl.: Darüber verweigere ich die Auskunft.

Vors.: Schildern Sie uns, wie Ihnen der Plan, Minister Rathenau zu ermorden, bekannt wurde. Angekl.: Eines Tages kam mein Bruder und sagte mir, ein gewisser Günther, den ich häufig kannte, mit dem

ich aber nicht näher verkehrte, wünschte mich zu sprechen. Günther habe von dem Plan eines gewissen Stubenrauch gehört, Minister Rathenau zu ermorden. Ich wollte von Günther darüber nichts Näheres hören, aber mein Bruder drang weiter in mich und so entschied ich mich, Günther anzuhören. Vors.: Wann war das? Angekl.: Etwa zweieinhalb Monate vorher, ehe ich Kern und Fischer kennen lernte. Vors.: Hat Ihnen Günther damals gesagt, daß die Absicht bestand, Minister Rathenau bei einem Besuch bei Konsul Bomberger zu ermorden? Angekl.: Ja wohl. Vors.: Welchen Eindruck hatten Sie von der Erzählung Günthers? Glaubten Sie, daß er den Plan mitzuführen wollte? Angekl.: Das kann ich so genau nicht sagen. Ich hätte aber den Eindruck, als ob sich Günther persönlich für die Sache interessierte.

Vors.: Sie haben in der Untersuchung ausgesagt, daß Sie den Stubenrauchschen Plan abgelehnt hätten? Angekl.: Ich sagte in der Tat, daß mit Rücksicht auf die politischen Folgen eine Ermordung Minister Rathenaus Wahnsinn

sei. Vors.: Welche Folgen politischer Art erwarteten Sie denn? Angekl.: Unruhepolitische Folgen natürlich. Ich hat Günther ausdrücklich, den jungen Stubenrauch von dem Plan abzuraten, zumal Stubenrauch ja auch erst 17 Jahre alt war und eben aus der Kadettenanstalt entlassen worden war. Es war eben ein richtiger Jungenplan. R. A. Dr. Luetgebrune: Warum hat sich Günther gerade an den Angeklagten Lechow gewandt und welche Rolle hat der jüngere Bruder Lechow bei diesem Plan gespielt? Angekl.: Mein Bruder war lediglich der Vermittler zwischen Günther und mir. Andere Interessen hatte er nicht. Vors.: Sie waren doch aber auch der Ansicht, daß es nützlich wäre, wenn Minister Rathenau befehligen würde? Angekl.: Nein. Günther hat sich an mich nur deshalb gewandt,

weil er mich als einen Angehörigen der D. C. kannte

und wohl die Hilfe der Organisation in Anspruch zu nehmen suchte. Vors.: Schildern Sie uns nun bitte die Ereignisse vom frühlichen 18. Juni an. Angekl.: Ein Herr, der sich Knauer nannte, der aber in Wirklichkeit Kern war, telephonierte mit mir und bestellte mich in seine Wohnung am Zirkus Busch, wo er mir einen Herrn Fisch, in Wirklichkeit Fischer, vorstellte. Kern bezeichnete sich mir gegenüber als Ehrhardt-Mann und ich stellte fest, daß er tatsächlich bei der Brigade gewesen war. Daraufhin nannte er mir seinen wirklichen Namen und auch den von Fischer. Kern fragte mich, was ich von den Stubenrauchschen Worten hielt, und ich erzählte ihm, daß ich entschieden davon abraten müßte. Vors.: Woher kannte denn Kern den Stubenrauchschen Plan? Angekl.: Das weiß ich auch nicht. Ich war übrigens der Ansicht, daß Kern und Fischer den Stubenrauchschen Plan nur deshalb kennen lernen wollten, um ihn zu verhindern. Nach meiner Ansicht wollten sie nicht, daß diese Tat etwa von der Brigade Ehrhardt in die Schuhe geschoben werden könnte. Vors.: Fischer und Kern reisten doch im Lande umher, wie sie behaupteten, um die Stimmung der Leute kennenzulernen. Hatten die beiden etwa vor, die

Stimmung für einen neuen Kapp-Putsch

zu sondieren? Angekl.: Nein, nach meiner Ansicht wollten die beiden Material für die Propaganda zusammentragen. Vors.: Für welche Partei denn? Angekl.: Das weiß ich nicht. Ich selbst erklärte Kern auch, daß ich von Stubenrauch auch wenig wüßte, aber ich erklärte mich auch bereit, die beiden mit Günther bekanntzumachen, der näher informiert war. Im Laufe der Unterhaltung sagte mir Kern, er erwarte ein Auto aus Dresden, mit dem nationalpolitische Dinge ausgeführt werden sollten. Vors.: Was denn zum Beispiel? Angekl.: Es war beabsichtigt, Ganganen im besetzten Gebiet zu befreien, die von den Franzosen unzulässig verurteilt worden waren. Vors.: Wenn aber Kern und Fischer sich so intensiv nach Stubenrauch erkundigten, mußten sie doch für den Plan großes Interesse haben oder etwas Bestimmtes beabsichtigen? Angekl.: Ich war durchaus der Ansicht, daß die beiden Stubenrauchs Vorbereitungen rückgängig machen wollten. Vors.: Hat Ihnen Kern nicht gesagt, daß

er einen Autoführer brauchte?

Neue Dollarhauffe.

Heutiger Kurs: 2130.

Der Berliner Devisenmarkt stand heute wieder im Zeichen stürmischer Hauffe. Der Dollar stellte sich gegen Mittag auf 2130. Es handelt sich bei den Käufen vorwiegend um die Deckung des Devisenbedarfs der Industrie und des Einzelhandels. Durch die kürzlich durchgeführte Festsetzung eines bestimmten Kreises von größeren Bankfirmen, die allein zum Devisenhandel berechtigt sind, ist die kleine Spekulation ziemlich ausgeschaltet oder auf den Umweg über diese Banken verwiesen. Die Umsätze, die den jetzigen Kurssteigerungen zugrunde liegen, sind eigentlich gar nicht sehr groß. Sie erklären sich nur daraus, daß am Markt gegenwärtig jedes Angebot fehlt, so daß die kleinste Nachfrage Sprunghafte Erhöhungen nach sich zieht.

Die Effektenbörse bietet zurzeit das gleiche bewegte Bild wie im Sommer 1921. Auf allen Märkten Kurssteigerungen von mehreren hundert Prozent bei stürmischen Geschäften. Die Aufträge kommen teils aus dem Auslande, größtenteils aber aus der inländischen Provinz.

Angekl.: Ja wohl und Fischer sagte mir auch, daß ein solcher Ausfall erwartet würde. Da ich annahm, das Auto sollte für die Gefangenenerleichterung benutzt werden, so bot ich mich, als passionierter Automobilist, zur Steuerung des Kraftwagens an. Kern sagte mir dies auch bedingt zu. Vors.: Hat Ihnen Kern nicht gesagt, daß er den

Angeklagten Niedrig als Chauffeur erwartete?

Angekl.: Namen wurden nicht genannt. Kern sagte mir aber, ich solle mich in meiner Wohnung bereit halten und auf seinen telephonischen Anruf wegen der Sache warten. Ich ging dann am Sonntag, den 18. Juni, nach der Unterredung nach Haus, und da Kern mich bis zum Abend nicht anrief, besuchte ich das Sommerfest der Technischen Hochschule. Als ich morgens nach Hause kam, fand ich einen von meinem Bruder geschriebenen Zettel vor, ich solle morgens 8 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof sein, um ein Auto aus Dresden zu holen. Ich bekam von Kern 1000 M. und einen Brief an einen gewissen Brett, der in Wirklichkeit Brandt hieß und den ich auf dem Hauptbahnhof in Dresden traf. Ich kannte

Brandt von der Brigade Ehrhardt

her. Wir fuhren dann nach Freiburg weiter und ich ging in ein Restaurant, während Brandt sich in die Wohnung des Frh Küchenmeister begab, um mit diesem über das Auto zu verhandeln. Nach sechs Stunden kam Brandt wieder und sagte, wir müßten nach Dresden zurückfahren, da Küchenmeister noch unzufrieden sei. In Dresden trafen wir dann auf der Strochbahn zufällig Steinbeck. Vors.: Hat Steinbeck Sie eingeladen, bei ihm zu übernachten? Angekl.: Das weiß ich nicht, denn er hat das mit Brandt besprochen. Gegen 11 Uhr abends fuhren wir in Dresden nach einem Vorort, wo Steinbeck ein villenähnliches Haus öffnete und uns einlud, in seine Wohnung zu kommen. Vors.: Wie hieß der Vorort? Angekl.: Das weiß ich nicht. Vors.: Wußten Sie, daß Steinbeck deutsch-österreichisch war? Angekl.: Das nahm ich ohne weiteres an. Vors.: Sie haben also nach Ihrer Angabe in Dresden mit Brandt und Steinbeck über den Mordplan gegen Minister Rathenau überhaupt nicht gesprochen? Angekl.: Nein, bestimmt nicht. Vors.: Haben Kern und Fischer Ihnen gesagt, daß Sie an Brandt keine Fragen richten dürften, Sie würden doch keine Antwort bekommen? Angekl.: Lechow: Ja wohl. Ich habe das so aufgefaßt, daß jeder nur soweit in das Vorhaben eingeweiht werden sollte, als es zur Erledigung seiner Aufgabe nötig war. Vors.: Haben Sie Fischer und Kern als Ihre Vorgesetzten betrachtet? Angekl.: Ja wohl. Vors.: Auf Grund Ihrer Zugehörigkeit zur Organisation C? Angekl.: Kern gehörte der Organisation C, ja gar nicht an, aber er war der Leiter des Unternehmens und deswegen mußte ich seinen Anordnungen Folge leisten. Am Dienstag, den 20. Juni, begab ich mich dann mit Brandt

in das Bureau des Deutschnationalen Jugendbundes

in Dresden, wohin uns Johannes Küchenmeister telephonisch mitteilte, daß er um 1/2 12 Uhr mit dem Auto nach Dresden kommen würde. Das geschah auch und wir trafen uns in einem Lokal am Altenmarkt. Brandt führte ein Gespräch mit Küchenmeister, von dessen Inhalt ich aber keine Kenntnis hatte. Später sprach auch ich mit ihm, aber nur über sachliche Angelegenheiten. Er schien mich zu prüfen, ob ich auch etwas vom Auto verstande. Vors.: Brauchten Sie nicht einen Chauffeurausweis? Angekl.: Ich hatte ja einen Führerschein. Außerdem mußte ich auch die Papiere des Wagens haben, sonst hätte man glauben können, daß ich das Auto gestohlen habe. Vors.: Das war das Auto, mit dem dann später die Tat ausgeführt worden ist? Angekl.: Ja wohl, es war ein 1650 Mercedes, ein gewöhnlicher sechszehnjähriger Tourenwagen. Vors.: Ein Chauffeur Buchna will von Ihnen eine Äußerung dahin gehört haben:

„Die Nummer wird vorn und hinten verhängt oder abgeschraubt.“

Angekl.: Das ist mir nicht bekannt. Wenn ich es gesagt habe, dachte ich natürlich daran, daß wir mit dem Wagen in das besetzte Gebiet fahren müßten. Vors.: Sie sollen auch gesagt haben: „Das bekommt man in jeder Waffenhandlung.“ Angekl.: Das weiß ich auch nicht. Jedenfalls bezog es sich auf dieselbe Angelegenheit. In Berlin kamen wir dann um 12 Uhr nachts an, und ich machte Kern von unserer Ankunft Mitteilung. Er sagte: „Für heute ist es zu spät“ und bestellte uns für den nächsten Tag nach Unter den Linden Ecke Friedrichstraße. In seinem Zimmer in der Pension befanden sich außer ihm Fischer und v. Salomon. Wir brachten den Wagen in eine Garage und übernachteten in einem in der Nähe befindlichen Gasthof. Da es ein ziemlich lautes Lokal war, trugen wir uns unter falschen Namen ein. Am nächsten Morgen, Mittwoch, den 21. Juni, waren wir, wie verabredet, an der Ecke Friedrichstraße und Unter den Linden, wo Kern, Fischer und v. Salomon eintraten. Wir machten dann eine Fahrt in den Tiergarten, und ich saß mit Fischer und Kern im Kasino der Technischen Hochschule zu Mittag. — Vors.: War auch hier nicht von Ihrem Plan die Rede? — Angekl.: Nein. Für mich stand es ja fest, um was es sich handelte. Nachher holten wir Günther ab und fuhren alle zusammen nach Wannsee-Nikolasee. Ich dachte, daß unterwegs Fischer und Kern mit Günther sich über den Stubenrauchschen Plan unterhalten würden; da ich aber auf den Wagen achten mußte, hörte ich von der Unterhaltung nichts. In Nikolasee

setzte ich mich an einen besonderen Tisch, weil ich ja Chauffeurkleidung trug. (Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Die Parteiführer in der Reichskanzlei.

Wie die P.M. hören, versammelten sich die Parteiführer heute um die Mittagsstunde in der Reichskanzlei, wo sie in Abwesenheit des Reichskanzlers vom Vizekanzler Bauer empfangen wurden. Die Aussprache galt in der Hauptsache der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten, die in absehbarer Zeit nunmehr durchgeführt werden soll, nachdem nach der Entscheidung in Oberschlesien die Grenzen der deutschen Republik feststehen.

Moskauer Lügenmeldungen.

Genosse Dittmann schreibt uns: Aus Zürich ist am 30. September, nachmittags, folgendes Telegramm abgegangen:

Wilhelm Dittmann, Reichstagsabgeordneter, Ritterstr. 75
Berlin SW. 68.

Schweizer Presse bringt nach Europa-Presch halbamtliche Moskauer Meldung, Leitung der Unabhängigen habe vor einiger Zeit unter Hinweis auf verzweifelte finanzielle Lage der Partei nach Moskau Hilferuf gerichtet. Dritte Internationale darauf bereit erklärt, deutschen Unabhängigen einmalige größere Unterstützung zu gewähren. Regelmäßige Unterstützung aber trotz Drohung, Unabhängige würden sich Mehrheitssozialisten anschließen, von Moskau kategorisch abgelehnt. Erbitten per Draht sofort Erklärung von Ihnen.

Redaktion „Volksrecht“, Zürich.

Dieses nach der Redaktion der am 1. Oktober eingegangenen „Freiheit“ gerichtete Telegramm ist laut Stempel schon am 30. September 9,30 Uhr nachmittags beim Berliner Postamt 68 eingetroffen, aber erst am Morgen des 4. Oktober mir zugestellt worden, nachdem es laut Vermerk verschiedene Irrfahrten gemacht hat, trotzdem eine Verfügung der Postverwaltung besteht, nach der bei Reichstagsabgeordneten, wenn die Adresse zweifelhaft ist, sofort im Reichstag anzufragen ist.

Zur Sache selbst genügt die einfache Erklärung, daß jedes Wort der Moskauer Meldung erstunken und erlogen ist. Die USPD hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß eine politische Partei aus den Beiträgen ihrer Mitglieder existieren muß, und die Moskauer Subvention die Ursache der persönlichen, moralischen und politischen Korruption der KP. ist. Offenbar ist die Moskauer Meldung zu dem Zwecke erfunden und ins Ausland — und beziehungsweise nicht nach Deutschland! — lanciert, um den hohen politischen Kredit, den die USPD bei den sozialistischen Parteien des Auslandes genöß, zu zerstören und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands bei ihnen von vornherein zu diskreditieren. Bei dieser Gelegenheit sei auch festgestellt, daß die USPD nicht nur völlig ohne Schulden in die Vereinigte Partei eingetreten ist, sondern in ihren zahlreichen Presseunternehmungen auch wertvolle Vermögensobjekte mitgebracht hat. Die neuesten Moskauer Lügen über die USPD sind damit gerichtet.

Erinnerungen und Vergesslichkeiten.

Die Erzählungen Wilhelms des Letzten aus seiner sogenannten Regierungszeit tröpfeln langsam aber beharrlich weiter durch die Spalten der nationalen Presse in die Öffentlichkeit. Was der einst so große Mann mitzuteilen hat, geht über das Niveau des Anekdotenhaften fast nie hinaus. Breit und ausführlich schildert er sein persönliches Verhältnis zu den Kanzlern, die ihm dienen und die Verlegenheiten, die sie ihm angeblich bereitet haben. Am meisten eingenommen ist er von seinem „Oheim“, den alten Hohenlohe, mit dem er als Keffe auf dem besten Fuße stand. Dieser hat ihm nach Wilhelms Angaben zur Erwerbung von Tsingtau und Kiautschou geraten. Er hat auch empfohlen, daß der Bruder des Kaisers das Oberkommando der Ostasien-Flotten-Division übernehme. Aber bei aller Weißheißigkeit der Erinnerungen passieren dem Herrn von Doorn doch sehr merkwürdige Vergesslichkeiten. So ausführlich auch das ostasiatische Abenteuer geschildert wird, so hat doch der Schreiber der Erinnerungen eine sehr wichtige Rede vergessen, die er selber gehalten hat, für die kein Kanzler die Verantwortung trägt und die um so schlimmer in die Ferne wirkte bis in die

Zeit des Weltkrieges und darüber hinaus: nämlich die Ansprache an die nach China abgehenden Truppen, denen der oberste Kriegsherr diesen Rat erteilte:

„Kommt Ihr an den Feind, so wird derselbe geschlagen! Dardou wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen! Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem Adligen Hsiang sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Ueberlieferung und Märchen gewaltig erschauern läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise beläugert werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheinbar anzusehen!“

Diese „Hunnenrede“ hat nicht zuletzt dazu beigetragen, während des Krieges den Welthaß gegen das Wilhelmische Deutschland zu entfachen und wachzuhalten. Für die Greuelhebe der Poincaristen und der Rortcliffe-Presse, für die Barbaren- und Hunnenpropaganda in aller Welt hatte Wilhelm damit das Stichwort gegeben. Kein Wunder, daß er in seinen „Erinnerungen“ sich daran nicht gern erinnert.

Daß er sich von dem Größten-Kanzler Bülow herein-gelegt fühlte, haben wir schon gestern an dem Beispiel der Tangerreise verzeichnet. Ausführlich kommt er neuerdings zu sprechen auf das bekannte „Daily Telegraph“-Interview, das im Jahre 1908 so ungeheures Aufsehen erregte. Die Geschwähigkeit des ehemaligen Kaisers hatte damals sogar den sonst so gezügten Reichstag zu einer Abwehraktion gegen das persönliche Regiment aufgepeitscht, so daß Bülow, der getreue Adlatus des kaiserlichen Herrn, sich veranlaßt sah, von diesem Eingreifen Wilhelms in die auswärtige Politik abzurücken und dem Kaiser nahezu legen, sich einer größeren Zurückhaltung zu befleißigen. In seinen „Erinnerungen“ plaudert Wilhelm aus, daß der Inhalt des sogenannten Interviews lediglich die Unterredungen widerspiegelte, die der Kaiser bei seinem englischen Besuch mit den verschiedensten Personen gepflogen und über die er dauernd an den Kanzler berichtet habe. Der Kanzler hätte ihm wiederholt seine Zustimmung zu diesen tapferen Versuchen telegraphiert, „mit England auf einen besseren Größfuß zu kommen“. Daß Bülow ihn dann dem Reichstage und der Öffentlichkeit gegenüber im Stiche ließ, hat ihn begreiflicherweise gekränkt. Die Treue dieses Kanzlers steht auf einem besonderen Blatte. Er war, was heute besonders interessant ist, der Kandidat der Liberalen, als es sich darum handelte, bei Kriegsende das parlamentarische System einzuführen. Die Liberalen waren immer gläubige Gemüter.

Die Ledebour-Gruppe.

Erste Lebensäußerungen.

Das Organ der Ledebour-Gruppe, die sich selber „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ nennt, ist heute zum erstenmal erschienen. Es heißt „Klassenkampf“ und ist ein Wochenblatt von der Stärke eines Druckbogens. In einem Aufruf an die Arbeiterschaft Deutschlands werden die bekannten Klagen über die „rein reformistische“ Richtung der geeinten Partei erhoben. Als programmatische Parteileitung zeichnen: Ledebour und Th. Liebknecht als Vorsitzende, Lautant, Solzbrunn und Elfe Wichmann als Beisitzer, ferner ein Parteirat, bestehend aus Darnell-Gera, Dobler-München, Paula Keller-Zwidau, Obuch-Düsseldorf, Kau-Gleiwitz, Reichheim-Hamburg und Walther-Bolmarstein.

Der Parteibeitrag ist mit mindestens 5 M. für Männer, 3 M. für Frauen wöchentlich festgesetzt.

In einem programmatischen Vortragsaufsatz wird die Einigung der Sozialdemokratie mit den Kommunisten als die Aufgabe der neuen Partei bezeichnet. Die Einigung soll im Zeichen des Klassenkampfes „nach Abstoßung unheilbarer kompromittierter Führer“ erfolgen. In einem weiteren Artikel von Paula Keller wird die vollzogene Einigung als „Komödie“ bezeichnet.

Auch eine „Berliner Parteileitung“ ist schon konstituiert. Sie besteht aus Lautant, Schliep, Huba, Justin Braun, Albert Klein, Gessel, Bertha Lungwitz, Elfe Wichmann und Käthe Spitzweg.

Am „Erfolgen“ meldet das Blatt Ablehnung der Einigung mit 54 gegen 41 Stimmen in Stogitz, dem Wohnort Ledebours, und „fast reißlos“ Uebergang der Kreisler Ortsgruppe zur neuen Partei.

Inzwischen hat aber schon wieder ein Mitglied der neuen Partei, sogar ihres „Parteirats“, seinen Eintritt in die geeinte Partei vollzogen. Es ist dies Gen. Kau-Gleiwitz, der am 30. September in einer dortigen Bezirksversammlung der USPD erklärte: „Nachdem die heutige Versammlung der Ortsgruppenvorsitzenden und Mitglieder sich erneut und mit großer Majorität auf den Boden der Einigung gestellt hat, würde es ein Unrecht von mir sein, der ich stets für eine möglichst große Zusammenfassung der proletarischen Kräfte im ober-schlesischen Bezirk eingetreten bin, beiseite zu stehen und damit Verwirrung in die Reihen der Genossen zu tragen.“ Es ist ein arges Pöch, daß der „Klassenkampf“ vom 4. Oktober einen Mann als Mitglied seines Parteirats anführt, der ein solches vernichtendes Urteil über die neue, hoffnungslose Parteiorganisation gefällt hat.

Jenseits des Stroms der Arbeiterbewegung.

Der tägliche Reinfall der Kommunisten mit ihrer Betriebsratsdemonstration am Sonntag zeigt die Bedeutungslosigkeit der KP., wenn sie in die Isolierung gerät. Kein Zweifel, daß an dieser Perspektive die starken Gegenkräfte innerhalb der KP. sich entzünden müssen. In ihren eigenen Reihen wütet der „K.A.P.-Geist“. Ihre Abspaltungsgeschichte, die kommunistische Arbeiterpartei, steht der KP. von links immer schärfer zu. In der „K.A.P.“ wird die neueste kommunistische Parole der Kontrolle der Produktion in Grund und Boden verdammt. Ueber die Siegesberichte der „Roten Fahne“ heißt es, daß sie bekanntlich an „amtlicher verlogener Stimmungsmache bei weitem die entsprechenden Leistungen Lundenborffs übertreffen“. Aus Ostfriesland wird berichtet, daß Ortsgruppe der KP. zusammenbricht.

Die KP. hält den Kommunisten ihr unabwendbares eigenes Schicksal vor Augen: den hoffnungslosen Zerfall sich in Diskussionen zersplitternder Gruppen. Jede Konferenz beginnt mit Ausschüssen und Neukonstituierungen.

Begreifen die Kommunisten, daß sie mit ihrem hemmungslosen Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen alle Arbeiterorganisationen sich nur selber ihr eigenes Grab schaufeln? Nach der Einigung der großen Arbeiterparteien gibt es für sie nur noch ein Schicksal, das Schicksal der Sekte.

Nachspiel zum Löhner Prozeß.

Die Verhandlung vor dem Gericht in Löhner gegen eine große Zahl von Mannschaften des dort garnisonierenden Reichsoberbataillons, in deren Verlauf mehrere Fälle von vorschriftswidriger Behandlung von Soldaten durch Offiziere und Unteroffiziere zur Sprache kamen, wird, den P.M. zufolge, die Grundlage bilden für ein Einschreiten gegen die schuldigen Offiziere und Unteroffiziere, die in erster Linie mitverantwortlich sind für die Mißstimmung unter den Mannschaften des Bataillons.

Sozialistenpaltung in Italien.

Rom, 4. Oktober. (EP.) Mit etwa 3000 Stimmen Mehrheit beschloß der sozialistische Kongreß, alle Mitglieder, die für eine Beteiligung an einer Koalitionsregierung sind, auszuscheiden.

Rom, 4. Oktober. (W.B.) Auf dem Sozialistenkongreß erklärte der „Avanti“-Direktor Serrati, es sei unmöglich, die Einigkeit der Partei aufrechtzuerhalten. Alle in diesem Sinne eingereichten Anträge lehne er ab. Der Kongreß nahm darauf mit 32 106 Stimmen einen Antrag der Maximalisten an, welcher den Ausschluß der Anhänger einer Mitarbeit mit den anderen Parteien vorschlug. Ein Antrag der unitaristischen Mitte, der für die Einigkeit eintrat, wurde abgelehnt.

Rom, 4. Oktober. (W.B.) Da der Sozialistenkongreß mit etwa 3000 Stimmen Mehrheit den Ausschluß der Rechtsstehenden beschlossen hat, entstehen zwei neue Parteien, deren eine angeführt von neuerem deutschen Sozialdemokratischen Partei entspricht und achtzig Abgeordnete, darunter alle bekannten Führer sowie alle Organisationsleiter, zählt, während die andere, nach Moskau gerichtete, an deren Spitze der „Avanti“-Direktor Serrati steht, nur etwa 42 Abgeordnete umfaßt, obwohl sie auf dem Kongreß die Mehrheit hatte. Viel bemerkt wird, daß die Gesamtpartei nur noch 73 000 Organisierte umfaßt.

Bitterböse Gedanken.

Von E.H.-E.H.

Der Tod! Lachhaft! Nie habe ich ernsthaft an den Tod gedacht. Selbst nicht im Granatenregen. Eine eigentümliche, mir unbewußte Kraft gab mir an den heißesten Tagen im Felde Sicherheit und Festigkeit. Ich wage es nicht einmal, von Helmenmut und Todesverachtung zu sprechen. Aber ich erlebte es, daß in den Momenten höchster Gefahr, da das Leben nur an winzigen Fäden hing, mein seelisches Gleichgewicht vollkommen war. Die Aufregung, die Todesangst, das hastige, verzweifelte Suchen der Kameraden nach Deckungsmöglichkeiten, die, genau gesehen, gar keine waren, blieben mir fremd. Ich hatte keine Vorstellung vom Tode. Obgleich um mich herum sein Weizen üppig blühte.

Das ist anders geworden. Von Grund auf anders. Im Frieden! Im gebenedeiten, geheiligten Frieden! Im Frieden, der dem Menschen, dem denkenden, fühlenden, die letzte Lebenskraft auswehrt. Im Frieden, der Freude, Lust, idealen Gedankenschwung, Begeisterung, ja selbst die Liebe verzehrt. Richter: er verzehrt die Kraft, zu lieben, zu hassen, zu kämpfen, zu leben. Er nagt am Lebenswillen. Er untergräbt: langsam, aber sicher, den Glauben an das Leben. Dieser Frieden!

Und gehtert so die Gedanken an den Tod.

Wirdmal traue ich aufrichtig. Daß alles so weitergeht. Als ob alles in Ordnung wäre. Gehe ich die Leipziger Straße herauf, so zwischen 4 und 6 Uhr, so hindert mich nur mein besseres Wissen, an die sorglosesten Zeiten zu denken. Aber dal Der Blinde, dort die Frau mit ihren Kindern, verhungert, elend, hier der Krüppel mit seinen Beinlumpen, die er entblößt zeigt. Sie reden die Hände nach Gaben. Wir aber stoßen ihre ausgedröckten Hände ins Herz. Tief hinein. Ich spüre den Schmerz! Den ohnmächtigen Schmerz, der mich elend macht. Ich wende mich ab. Aber mein Blick wandert immer zurück. Kann das Elend nicht lassen. Kann es nicht begreifen, daß alles so weiter geht. So!

Ich weiß von Älteren und alten Leuten, die sichtbar sterben. Von denen man mit mathematischer Bestimmtheit sagen kann, um die und die Zeit wird es wohl mit ihnen zu Ende sein. Sie haben ein Stück nach dem andern verkauft. Was nur irgend erträglich schien. Alle Familienstücke, keine Bequemlichkeiten des Lebens. Rahmen Bild und Gaben ihr Herzblut dafür. Mit jedem weggegebenen Stück schwand ein Stück Lebenskraft.

Ich sehe dies Sterben. Ich kann nicht helfen. Ich weiß, könnte ich selbst an einer Stelle helfen, würden tausend andere im Elend verinken.

Und es geht alles ruhig weiter. Die Menschlichkeit erträgt auch dieses.

Mein Herz schreit: Ich ertrage es nicht!

Da sagen die Leute immer: Man muß die Zähne zusammenbeißen. Es wird schon wieder besser. Weisensagen es die, denen

es immer noch erträglich geht. Und sie haben ja auch recht. Niehe man der Verzweiflung Raum, mühte sich die Menschheit selbst aufgeben.

Aber da gibt es doch noch Menschen, für die das Rezept nicht gilt. Die sich empören. Die sich aufbäumen gegen das harte Schicksal. Die sich nicht unterlegen lassen wollen. Und die todeswund, mit persegtem Herzen, auf der Wolltast bleiben. Was ist in diesen Jahren der Zerstückung, der Licht- und Frühlingszeit an hohem Mut, edler Gerechtigkeitsliebe, rüstiger Schaffensfreude und frohem Zukunftsoptimismus verlorengegangen? Unwiederbringlich!

Die Welt wird arm. Nicht nur an wirtschaftlichen Gütern. Ihre besten Söhne und Töchter schwinden dahin. Gerade die, die sich nicht so leicht einordnen: Die Hochgesinnten. Die Großherzigen. Die Einsamen. Die Feinern. Ihre Kraft erlahmt. Nicht einmal mehr hinauszuhören können sie ihre Qual. Sie würden ein grausames Echo finden: Man muß eben aushalten. Anderen geht es ebenso!

Dagegen läßt sich nichts sagen. Das ist allgemeingültig. Ich erinnere mich wohl, daß ich selbst immer sehr rasch diese Formel zur Hand hatte. Damals, als noch Hoffnungslosigkeit die jugendliche Brust erfüllte.

Wie lange ist das her? Es scheint Ewigkeiten.

Nach ein Begräbnis. Man schreibt uns: Am 30. September halte ich die Ehre, einer ergreifenden Begräbnisfeier in der nicht zu unterschätzenden Eigenschaft eines wirklich Leidtragenden beizuwohnen: Der alte Postkari wurde unter allgemeiner Anteilnahme zahlreicher Bewölkungsschichten opferfreudig zu Grabe getragen. Da es nicht gut möglich, einen Kranz mit irgendeiner Schleife oder einer rührenden Inschrift anfertigen zu lassen, ich vielmehr das Traurige mit dem Rühlichen verbinden wollte, steckte ich einige Zehntel, deren jede über den Rückenbogen von 100 Pfennigen lautete, zu mir und kamme ein Paket unter den Arm, das ich einem entfernteren Verwandten als Weihnachtsgeschenk zuschicken wollte. Ich begab mich, mit genügendem Taschengeld versehen, nach einem der zahlreichen Postämter Groß-Berlins und konnte hier die befriedigende Feststellung machen, daß sich der alte Postkari eine Anzahl von Berechnern erworben hatte. Als Welt schien heute Pakete oder Briefe fortzuschicken zu müssen. Im Paketraum wie an den Brief- und Telegrammschaltern schauten sich gewaltige Menschenmengen, die bis in den Hof hinein ragten und stets neue Zufuhr erhielten. Ein kurzer Blick auf das großartige Reichsgeschehe zeigte mir, daß es sich zumeist aus den unteren Volksschichten zusammensetzte: Alte Frauen, gebeugt unter der Last von Jahren und Paketen, Arbeiter mit grauen, arbeitsmüden Gesichtern, Proletarierkinder mit zerrissenen Schuhen und oft noch zerrisseneren Hosen oder Kleidern. Von der Leichenrede der beiden Postbeamten, denen die traurige Pflicht oblag, das Gewicht der dargebrachten Opfergaben festzustellen und die „Umsatzsteuer“ dafür zu erheben, vernahm ich nichts. Nur langsam, in einem wunderbaren Schneidtempo, schob sich die Reihe, in die ich festgekeilt war, an den langen Tisch, das Ziel der Sehnsucht der vielen Trauernden, heran, langsam, aber unerbittlich wie das Schicksal, von dessen Tücke der alte Postkari so jäh dahingeroiff

wurde! Die beiden Beamten ließen sich in ihrer Ruhe und Würde nicht stören. Automatisch toteten sie ihre Pflicht. Ebenso automatisch schauten sie mit einem Seufzer auf die Uhr, als es sechs schlug. Sie schienen einen schweren Kampf zu kämpfen. Gottlob siegte die Pflicht gegen den Dohingschiedenen und sie walteten auch fernherhin ihres Amtes, während ein anderer sorgsam das Tor des Paketraumes schloß, um dem Zustrom neuer Leidtragender zu wehren. Leider wurde der Ernst der Handlung des öfteren durch rohe, gefühlsmäßige Auslassungen einiger Leidtragender entwehrt. Es durchschauerte mich, als mein Nebenmann einem später Bekommenen, den es trieb, sich schnell seiner Opfergaben zu entledigen, zurief: „Sie — Männchen, Sie brauchen ja nicht so zu schleichen. Demogelt wird nicht, sonst tippe ich Ihnen mal mit mein Fuffzichundpötel vorn Bauch!“ Andere wieder trieben „Hohe Politik“ oder redeten von dem Toten Schiedes. Ich war daher froh, mich meiner Opfergaben am Pakethalter entledigen zu können und begab mich zu den Briefschaltern. Wehe mir! Es war fünf Minuten nach 6, ein Cerberus stand vor der Tür und ließ mich nicht ein, „weil sich sonst die Herrschaften da drin beschämen würden“. Die Herrschaften? Also: Die Beamten! Ich sah ein, daß niemand mehr als seine Pflicht tun kann und ging traurig heim.

„Die Sünde wider den Geist“ beschiagnahmt. Wie die deutsch-nationale „Niederdeutsche Zeitung“ erzählt, ist der bereits vor zwei Jahren erschienene Roman Arthur Dinters „Die Sünde wider den Geist“ auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik beschiagnahmt worden und gegen den Buchverleger Matthes u. Hof in Leipzig und Bartenstein ein Prozeß eingeleitet worden.

Von der Kunsthochschule. Der Maler Prof. Ferdinand Siedel, der Leiter der einen Privatschule an der Hochschule für die bildenden Künste, hat den Wunsch ausgedrückt, sein Lehramt niederzulegen. Der Künstler, der aus München vor einigen Jahren an die Berliner Hochschule berufen wurde, will wieder nach München zurückkehren. Da er aber dort noch keine Wohnung gefunden hat, hat Siedel vorläufig noch kein Berliner Lehramt begehrt. — Die Hochschule hat im letzten Halbjahr 118 eingeschriebene Schüler zu verzeichnen gehabt, darunter 18 Frauen. Am demnächst beginnenden Winterhalbjahr werden die Unterrichtsgebühren wesentlich erhöht werden müssen, auch die für Ausländer, die bisher den höchsten Betrag der Sätze für die Reichsbewohner bezahlten.

Die Frühjahrsausstellung der Freien Gesellen wird vom 1. Februar bis 15. März 1923 in den neuen Ausstellungsräumen der Berliner Galerie van Dierman, Unter den Linden 21, stattfinden. Es wird die erste Ausstellung sein, die die alte, unter Obermanns Ehrenpräsidium stehende Kerngruppe der Gesellen mit ihrem neuen Vorstande unternimmt, den Max Pöschel als Vorsitzender stellt.

Hel Paul Cassirer, Ritterstr. 25, wird eine Vorkollektion von Dora Hyl geben. Studien und Tagebuchblätter aus Italien, der Schweiz und der Nord.

Das Schicksal der Goethe-Nachkommen in Frankfurt. Der Verkauf der Goethe-Nachkommen, der am 23. Oktober in Uffon stattfinden sollte, wurde ausgesetzt. Dagegen werden die anderen Kunstgegenstände in einigen Tagen versteigert werden. Die Stadtverwaltung hatte sich dafür eingelassen, daß die Goethe-Nachkommen einsteigen der Versteigerung entzogen würden, bis eine endgültige Lösung dieser Frage gefunden sei.

Gewerkschaftsbewegung

Neue Aussperrungen!

Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie, der die Berliner Schlosserbetriebe umfaßt, hat heute vormittag 10 Uhr sämtliche Arbeiter ausgesperrt. Allerdings hat ein Teil der Betriebe diesen Vorwand nicht mitgemacht. Es handelt sich hier um eine Aktion ohne Sinn und Verstand, da der Schlichtungsausschuß heute nachmittag über die Angelegenheit verhandelt. Der Metallarbeiterverband soll gezwungen werden zu einem Vertragsabschluss, wie er den kleinen Unternehmern gefällt. Wir werden über die Aussperrung noch näher berichten.

„Erste Bilanz.“

Die „Rote Fahne“ zieht die Bilanz des bisherigen Ergebnisses ihrer neuesten Betriebsräteaktion. Da diese Bilanz sehr dürftig ausfällt, sucht das Blatt nach Erklärungen. Der Dollar ist gefallen und scheinbar ist „nichts Besonderes los“. Man schimpft daher auf die „Menschweissen“. Von den Demonstrationen am letzten Sonntag haben die kommunistischen Genossen mehr erwartet. Sie werden deshalb als Illusionisten bezeichnet, die beim geringsten Zeichen von Erfolg in übertriebener Begeisterung geraten (wie die „Rote Fahne“), dem geringsten Zeichen von Mißerfolg — und für Mißerfolg halten sie jede Nichterfüllung ihrer Phantasien — zusammenklappen.

Trotzdem sucht die „Rote Fahne“ in ihrer Illusion einen großen Erfolg herauszubekommen, da sie ihn für ihre Leser nur einmal gebraucht.

„Der „Vorwärts“ versucht nicht einmal zu spotten.“ Das schien uns zwecklos, wird aber von der „Roten Fahne“ darauf zurückgeführt, daß wir wüßten: „eine Demonstration der SPD. und UEB. nebst der Gewerkschaftskommission in äußerlich ruhiger Zeit, gegen die wir Kommunisten aufgerufen hätten, wäre einfach nicht zustande gekommen.“

Wenn das keine Illusion ist, dann gibts keine mehr.

In der gleichen Nummer weiß die „Rote Fahne“ ein trauriges Stückchen vom „Vorwärts“ zu berichten, weil wir an die letzten Vorkommnisse bei der UEB. und bei Siemens die Wohnung krüpfen, sich weder von den Trabanten des Unternehmertums provozieren zu lassen, noch von denen der Moskauer Kriolen. Solche Wohnungen sind heute auf keinen Fall überflüssig, und es ist um so besser, je mehr sie beachtet werden. Besonders der Satz, den das Blatt unter starker Hervorhebung aus dem „Vorwärts“ zitiert, ist beachtenswert, dem kommunistischen Treiben in den Betrieben nicht allzu gleichgültig gegenüberzustehen. Wie begreifen, daß dies der „Roten Fahne“ nicht behagt und begreifen daher auch ihre Bemerkungen, daraus eine Verdächtigung des „Vorwärts“ abzuleiten. Es muß noch wie vor Sache der „Menschweissen“ in den Betrieben sein, dafür zu sorgen, daß die Moskauer Bilanz von den Bilanzmachern noch mehr verschleiert werden muß.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin am Montag in den Germania-Sälen nahm zunächst den Kassenbericht für das 2. Quartal entgegen, der in Einnahme und Ausgabe mit 20 825 009,50 M. in der Hauptkasse abschließt. Die Einnahmen und Ausgaben in der Lokalkasse betragen 14 109 346,08 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug am 31. Juli 7 260 335,30 M. Der Bericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen.

Ueber die sozialen Baubetriebe referierte Genosse Lüdeman. Er führte kurz folgendes aus: Als nach dem Kriege die Proletarier aus der eifigen Luft des Oberrichtsstaates herauskamen, gingen sie sofort an, praktisch an das Problem der Sozialisierung heranzutreten. Im Baugewerbe schritt man dazu, soziale Baubetriebe ins Leben zu rufen. Es seien im Augenblick 280 solcher Betriebe errichtet, die ungefähr zur Hälfte in der Form einer Genossenschaft und in der anderen Hälfte als G. m. b. H. fungieren. Die Form der G. m. b. H. habe sich als die bessere gezeigt gegenüber der Genossenschaft, welche stets die Gefahr in sich birgt, privatkapitalistisch auszuarten. Die sozialen Baubetriebe vertreten aber im Prinzip die Ansicht, im weitesten Maße soziales Kapital heranzuziehen. Dieses befindet sich vornehmlich in den Gewerkschaften.

Redner schilderte dann den Aufbau der sozialen Baubetriebe, die sich als Spitzenkörperschaft den „Verband der sozialen Baubetriebe“ geschaffen haben. Die Arbeiter haben weitestgehend Mitbestimmungs- resp. Selbstverwaltungsrecht. Die sozialen Baubetriebe haben vornehmlich folgende Ziele:

1. Steigerung der Produktion.
2. Ausschöpfung des arbeitslosen Einkommens.
3. Beseitigung des Luxusbedarfs.

Die Steigerung der Produktion sei ohne jedwede Arbeitszeitverlängerung möglich. Dadurch, daß man dem Arbeiter das größtmögliche Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsrecht gebe, erhalte er wieder Freude an seiner Arbeit. Durch die Schaffung von Großbetrieben im Baugewerbe werde die große Zahl der kleinen Unternehmer, die besonders hier vorherrschend sind, mehr und mehr ausgeschaltet. Genosse Lüdemann appelliert an das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter und bittet, diese Bewegung ideell und finanziell zu unterstützen. Im Anschluß hieran wird ein Antrag angenommen, der den Mitgliedern empfiehlt, für männliche einen

einmaligen Sozialisierungsbeitrag von 20 M. und für weibliche Mitglieder von 10 M. zu zahlen.

Ein weiterer Antrag des Kollegen Knaack fordert, dem § 9 des Ortsstatuts folgenden Wortlaut zu geben:

„Bei außergewöhnlichen Verbandsangelegenheiten, wie Beitragserhöhung, Wahl der Delegierten zu Verbandstagen und Gewerkschaftskongressen, Neueinstellung von Angestellten (nach Maßgabe des § 15), desgleichen bei Wahlen für die Mitglieder der engeren Ortsverwaltung (wenn mehr Kandidaten vorgeschlagen als notwendig sind), sofern die Generalversammlung mit Zweidrittelmehrheit nichts anderes beschließt, findet eine Urabstimmung durch die Mitglieder statt.“

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der vorgeschlagenen Zeit wegen mußte die Generalversammlung verlagert werden.

Die gewerkschaftliche Warenverteilung.

Die Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission und des UEB-Ortsrats beschäftigten sich am Dienstag in der „Königsbank“ mit dem Thema: Gewerkschaften und wirtschaftliche Unternehmungen und ihre Finanzierung. Friedrich Schmidt vom UEB. gab eingangs seiner Ausführungen ein anschauliches Bild über die Entstehung der Warenverteilung der Gewerkschaften. Es war im Jahre 1920, als sich eine besondere Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie bemerkbar machte. In den einzelnen Ministerien beschloß man sich eingehend mit der Arbeitslosenfrage und schritt daher zur Schaffung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Zur selben Zeit stellte das Reichsarbeitsministerium allen Gewerkschaften einen Betrag von 25 Millionen Mark als Reichskredit zur Schaffung der Warenverteilung zur Verfügung. Dieser Kredit war aber an einige Bedingungen geknüpft. Wir mußten unsere Ware dorthin beziehen, wo die größte Arbeitslosigkeit herrschte, und so konnte schon diese Bedingung auf die Preisgestaltung der Ware verschlechternd wirken. Waren wir gezwungen, in Chemnitz zu kaufen, weil dort eine starke Arbeitslosigkeit herrschte, so konnten wir feststellen, daß in Zwickau bessere und billigere Ware zu haben war, weil hier die Unternehmer bessere Dispositionen getroffen hatten. Von dieser Kaufmännlichkeit durften wir aber keinen Gebrauch machen. Unsere Verdienste sollten gering sein. Sämtliche Geschäftskosten mußten mit den 8 bis 10 Proz. verdient gedeckt werden. Redner stellt fest, daß infolge der gewerkschaftlichen Warenverteilung beim Privathandel eine Preislenkung von 10 bis 25 Proz. erzielt wurde. Deshalb kamen Bestrebungen in Gang, die gewerkschaftliche Warenverteilung wieder zu beseitigen. Der Ausverkauf Deutschlands brachte eine Verringerung der Arbeitslosenziffer mit sich und so wurde uns der Reichskredit gekündigt. Die Gewerkschaften mußten Gelder aufbringen, um das Unternehmen vor der Liquidation zu schützen. Wir arbeiten jetzt mit der Produktivwerkstätte der Schneider zusammen und können daher billige und dauerhafte Ware liefern. Das Unternehmen ist in Gefahr! Wir brauchen 7 Millionen Mark. Bis heute haben wir erst 4 Millionen, weil die Hälfte der Berliner Gewerkschaften sich an der Beschaffung der notwendigen Gelder noch nicht beteiligt hat. Die Frage lautet auf: Soll das Unternehmen, wo die ungeheure Produktivität und der Zwischenhandel ausgeschaltet werden, der Liquidation verfallen? Um das zu verhindern, machen wir den Vorschlag, Marken in Wert von 20, 50 und 100 Mark auszugeben. Dieses Geld soll der Warenverteilung als unfundiertes Kapital verbleiben, den Einzählern aber werden Vorzugsrechte beim Einkauf eingeräumt.

Die Diskussion wich oft vom Thema ab und führte zur Forderung der Produktionskontrolle. Eine Entscheidung in diesem Sinne wurde am Schluß der Versammlung angenommen.

Lohnerhöhung im Malergeverbe.

Der Schlichtungsausschuß beim Reichsarbeitsministerium (Reichstarifamt für das Malergewerbe) erhöhte die Löhne für Malergehilfen ab 2. Oktober für das ganze Reich durchschnittlich um 15 M. für die Stunde, ab 6. Oktober um weitere 15 M.

Auch mit Bremerhaven ist's nichts.

Aus Bremerhaven wird uns geschrieben: „In der kommunistischen Presse macht eine Notiz die Kunde, wonach auf der „Bremerhavener Wurst“ die Vertrauensleute die bekannte, an den UEB. gerichtete Resolution angenommen haben. Damit kein solches Bild entsteht, sei betont, daß die Bremerhavener Wurst bis jetzt noch keine Wurst ist, sondern sich mit Reparaturarbeiten befaßt und etwa 150 Personen beschäftigt. Die Wurstarbeiter der Unterweserorte hat in ihrer Gesamtheit, wie schon mitgeteilt, diese Resolution gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dabei sei noch bemerkt, daß eine Versammlung der Hilfsarbeiter am 2. Oktober diese Resolution ebenfalls gegen 4 Stimmen ablehnte und folgende mit gleicher Stimmenzahl annahm:

„Die Branchenversammlung der Hilfsarbeiter stellt sich vollinhaltlich auf den Boden der freien Gewerkschaften und lehnt es ab, sich von politischen Drahtziehern von ihrem gewerkschaftlichen Boden ableiten zu lassen.“

Wenn auch gelegentlich eine Frühstückspause von einigen Leuten derartige Resolutionen vorschlägt und an die Gewerkschaften weitergeleitet werden, so steht sich die Gesamtarbeiter-

schaft der Unterweserorte auf dem Boden der Vernunft und wenn noch so viel „Stärke“ von unseren Freunden von links in die Welt hinausposaunt werden.“

Die Lohnvereinbarung in der Metallindustrie, die heute früh im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, enthält einen Druckfehler. Die Arbeiter in erhalten, bei nicht gleichen Leistungen wie denen der Arbeiter, nicht 35 Proz., sondern 85 Proz. der Stundenlöhne und Akkordbasen der Arbeiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Berlin XI, Freitag 7 Uhr Mitgliederversammlung, Schulau, Petersburger Str. 4, Vortag.

Wirtschaft

Die Materialverteuerung im Kleinwohnungsbau.

Für eine Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche stellen sich nach den Erhebungen der „Sozialen Bauwirtschaft“ die Baustoffpreise in Deutschland Anfang September wie folgt:

Baustoffe	1. Juli 1914	1. Sept. 1922
Mauersteine	700,— M.	176 320,— M.
Zement	60,—	11 094,—
Eisenkalk	73,—	16 091,—
Gips	12,50	1 988,—
Randholz	264,—	45 954,—
Rußboden	152,50	41 300,—
Flint	55,50	24 470,—
Dachsteine	243,50	3 650,—
Rohrgerwebe	23,50	108 250,—
Summa	1 584,50 M.	429 607,— M.

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1584,50 M. am 1. Juli 1914 auf 429 607 M. am 1. September 1922 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 = 100 gesetzt, dann ist bis zum 1. September 1922 eine Preissteigerung auf 27118 eingetreten. Die Baustoffe sind also seit 1914 um rund das 271fache und innerhalb eines Monats um über das Doppelte gestiegen. — Inzwischen hat die Teuerung der Baustoffe sich verhärtet fortgesetzt.

Rückgang der Aufträge in der Industrie.

Die Berichte, welche die preussischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im September dem Handelsminister erstattet haben, zeigen, daß die Frage, wie Handel und Industrie sich der ungeheuren Geldentwertung dieses Sommers die zur Fortführung ihrer Betriebe erforderlichen Mittel beschaffen können, noch keine Lösung gefunden hat und noch wie vor als große Sorge auf dem Wirtschaftstischen lastet, daß aber das augenfällige Mißverhältnis zwischen dem der Industrie und dem Handel verbleibenden Rest von Betriebskapital und ihrem Kapitalbedarf bisher noch nicht zu Betriebs-einstellungen oder Betriebs-einschränkungen von wirklicher Bedeutung geführt hat.

Der Beschäftigungsgrad ist im allgemeinen gut, in einzelnen Industriezweigen bestand Arbeitermangel nur wenig vermindert fort, und nur in einzelnen Zweigen, insbesondere der Flechtungs- und Ernährungsindustrie, haben Arbeits-einschränkungen stattfinden müssen. Die Auftragsbestände sind allgemein zurückgegangen. Es ist aber völlig unübersehbar, wie weit dies auf einen Rückgang von Bedarf und Kaufkraft, und wie weit es auf die Unüberwindlichkeit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, die weder Käufer noch Verkäufer zu weitläufigen Abschlüssen ermuntert, zurückzuführen ist.

Zahlreiche Betriebsstörungen waren in dem immer unträglicher werdenden Kohlenmangel, in dem vielfach wieder einsetzenden Wagenmangel, in einzelnen Fällen in Ausdierungen der fast gar nicht mehr ausbleibenden aber meist ruhig verlaufenden Lohnbewegungen begründet. Auch die Einführung von Gleitpreisen, die Fakturierung in fremden Währungen und die Forderung von Anzahlungen hat die Erteilung von Aufträgen beeinträchtigt, so daß aus ihrem Rückgang für die künftige Geschäftstätigkeit der Industrie sichere Schlüsse nicht gezogen werden können. Von dem Rückgang der Aufträge sind u. a. besonders die Maschinenbauanstalten und die Elektroindustrie betroffen.

Die Kölner Verbraucher-Kammer zur Not der deutschen Presse. Die Kölner Verbraucher-Kammer nahm in einer Versammlung eine Entschließung zur Vinderung der Not der Presse an, in der es heißt, daß es den Verbrauchern durchaus nicht gleichgültig sein könne, wenn ein großer Teil der Zeitungen sein Erscheinen einstellen müsse. Der Verbraucher sollte der Presse die Treue bewahren. Reichstag und Reichsregierung werden aufgefordert, durch schnelle Maßnahmen der Katastrophe der deutschen Presse zu begegnen.

Der Notenumlauf der österreichisch-ungarischen Bank hat nach dem Stand vom 23. September die Höhe von 19 063 Milliarden Kronen erreicht und gegen die Vortage eine Vermehrung um 265,1 Milliarden erfahren.

Verantwortlich für den Inhalt: Red. Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin, Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vormärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Korb- u. Rohrmöbel
1. Gärten, Balkone, Wohnz. mod. u. dau. erhaltener Ausst. Korbsessel, Gr. Auswahl Besicht. erbet. Heiar. Kaese Fab- u. Inh. v. Korb- u. Rohrmöbel, Berl. Str. 39 (Verg. st. Reis. Lot.)

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich. Ist der echte Kapitän-Kantabak nur mit Bettelsteine (Hollen, Schellen, Säugern, Kahl). Verkaufsstellen durch Carl Röcker, Eichenberg, Str. 23 (Rgt. 3961)

Stein der Weisen
Das Original aller Nagelpollersteine
Überall erhältlich.

KOPP & JOSEPH
BERLIN W 50
Potsdamer Straße 122.

Strumpfwaren
kauft man jetzt noch sehr preiswert und billig im
Strumpfhaus „Werba“
M., Kottbuser Damm 72, Ecke Lützowstr.

Garderobe
auf bequeme Teilzahlung!
Anzüge, Hosen, Mäntel, Kostüme, Schlüpfen, Kleider, Röcke
in besten Qualitäten, feine Ausführung
Grebler Weinbergsweg 4 a Rosenhain, Pl.

Mantelstoffe
marine Cheviot, schwere Anzugware, sehr preisw. Trikots, für Damen Herren u. Kinder, Neuheiten in Damen-Putz!
Ella Dehmel, Neukölln,
Niemetzstr. 9, Nähe Richardplatz.
Telephon: Amt Neukölln 469.

Korb- u. Rohrmöbel
Eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Auswahl, billige Preise
Edmund Volz, Bin-Korb- u. Rohrmöbel
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel. Neukölln 2294. Repar. sämtlich. Korbwaren

Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung! Konkurrenzlos billige Preise!
Wunderbare, nur erstklassige
Anzüge / Schlüpfen Winterpaletots Gummimäntel / Hosen weit unter Tagespreis!
Riesenauswahl!!
Hugo Simon
Spezialhaus für erstklass. Herrenkleidung
Charlottenburg
133 Wilmersdorfer Str. 133
an der Bismarckstrasse.
Weiterer Weg ist niemand!

Gold Silber Platin Brillanten
kauft reell zu höchsten Tageskursen
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Juwelen, Gold- und Silber-Bruch
kauft zum höchsten Tagespreis
Leibhaus Zehden,
Karistr. 24.

Gold Silber Platin Zahngelbisse
kauft reell zu höchsten Tageskursen, zahl. Anz. v. Brillanten, u. Edelsteinen.
Perseer-Teppiche
Klavier, Flügel
höchster Tageskurs, zahl. Anz. v. Brillanten, u. Edelsteinen.
Karlstr. 3, Kar. 3194

Zahngelbisse
sowie Gold-, Silber-, Platin-Bruch
zurück. Gegenstände genau denselben Wert kauft und zahlt höchste Tagespreise
Barhölzer Edelmetallverwertung
Invalidenstr. 2, v. l. rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstrasse
Kopenhagener Str. 9 (Laden)
2 Min. v. Bahnst. Schönhauser Allee

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelbisse, Uhren, Ketteln, Ringe
sowie sämtl. Altmetalle kauft zu Engpreis
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32 (Laden)
1 Minute vom Hof, Frankf. Allee
— Fahrgeldvergütung —
Größtes Absatzgebiet für Händler

Schlechtsitz, Korsett
werden nach jed. Figur, passend unter Garantie tabellos umgearbeitet
Reparaturen, Änderungen und Korsettwechsel jegl. her Art übernimmt und führt äußerst preiswert aus
Korsettfabrik Rich. Necke
1. Geschäft: Berlin, Kommandantenstraße 23
Ecke Alte Jakobstraße